

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 31.03.2025

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		FinA/53/2024
Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Dienstag, 03.12.2024	16:30 bis 18:43 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Siegmar Wollgam	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Heinz Doormann	Kreistagsmitglied
Hans Francksen	Kreistagsmitglied in Vertr. d. Abg. Schinski
Reiner Gollenstede	Kreistagsmitglied
Dieter Kohlmann	Kreistagsmitglied in Vertr. d. Abg. Stellmann
Leonard Krippner	Kreistagsmitglied
Gerlinde Röhr	Kreistagsmitglied in Vertr. d. Abg. Hafenegger
Thomas Wenzel	Kreistagsmitglied
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Horst Wieting	Kreistagsmitglied in Vertr. d. Abg. Thümler
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme	Kreisbehindertenbeirat Wesermarsch
--------------	------------------------------------

von der Verwaltung

Sigrid Allmers	Leiterin FD 20 - Finanzen
Kai Littmann	FD 91- Büro des Landrats (Protokollführung)
Gunnar Meister	Referat 90 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Maren Ozanna	Gleichstellungsbeauftragte
Stephan Siefken	Landrat
Maren Würger	Leiterin Dez. 1

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Torben Hafener	Kreistagsmitglied
Ursula Schinski	Kreistagsmitglied
Daniel Stellmann	Kreistagsmitglied
MdL Björn Thümler	Kreistagsmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Jahresabschluss 2023 sowie Entlastung
Vorlage: 2024/FD20/235
- 6 Außerplanmäßige Ausgaben zur Umsetzung des Radwegeknotenpunktsystems
Vorlage: 2024/FD65/109
- 7 Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2024 mit Stand 31.10.2024
Vorlage: 2024/FD20/227
- 8 Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Jahr 2025
Vorlage: 2024/FD20/228
- 9 Haushaltssicherungsbericht 2024 und Haushaltssicherungskonzept 2025
Vorlage: 2024/FD20/231
- 10 Investitionsprogramm 2025-2028
Vorlage: 2024/FD20/232
- 11 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2024/FD20/229

- 12 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2024/FD20/230
- 13 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
---	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

3	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
---	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 17.09.2024 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
---	----------------------

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

5	Jahresabschluss 2023 sowie Entlastung Vorlage: 2024/FD20/235
---	---

Frau Würger stellt den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2023 vor und erläutert die Stellungnahme zum Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses.

Frau Allmers ergänzt zu Seite 21 des Schlussberichtes, dass die dem Jahresabschluss beigefügte Forderungsübersicht, nach technischen Anpassungen, nunmehr den Forderungsbestand des Landreises Wesermarsch am Abschlusstag ausweist.

Frau Würger schlägt verwaltungsseitig vor, dass der ausgewiesene Überschuss genutzt wird, um den voraussichtlichen Fehlbetrag für den Haushalt 2025 zu reduzieren.

Herr Francksen möchte wissen, ob von dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von ca. 6,89 Mio. EUR ein Teilbetrag an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ausgeschüttet werden kann. Er führt dabei auch die zu erwartende Dividende der EWE an.

Frau Würger geht auf den zu erwartenden Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2025 ein und gibt zu bedenken, dass nach Abzug des Überschusses für das Haushaltsjahr 2023 ein offener Restbetrag verbleibt. Sie verweist hierzu auf die weitere Beratung unter TOP 9.

Herr Wolf blickt auf das Haushaltsjahr 2022 zurück und stellt fest, dass nach erfolgter Rechnungsprüfung keine direkte Unterstützungszahlung an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden möglich ist.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1.) Gemäß § 129 Absatz 1 NKomVG wird der Jahresabschluss 2023 in Aktiva und Passiva mit 249.302.397,29 Euro festgestellt.
- 2.) Der Jahresüberschuss in Höhe von 6.892.259,94 Euro wird gemäß § 110 Absatz 6 Satz 2 NKomVG der Überschussrücklage zugeführt.
- 3.) Dem Landrat wird Entlastung für 2023 erteilt.

6	Außerplanmäßige Ausgaben zur Umsetzung des Radwegeknotenpunktsystems Vorlage: 2024/FD65/109
----------	--

Frau Würger erläutert die geplante Umsetzung der Konzeption der Knotenpunktwegweisung.

Die außerplanmäßige Aufwendung in Höhe von 385.000 EUR wird durch LEADER gefördert. Zusätzlich werden Mittel des Finanzierungstopfes „Wesermarsch in Bewegung“ (WiB-Topf) in Anspruch genommen, sodass vom Landkreis Wesermarsch keine Eigenmittel eingesetzt werden müssen.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Aufnahme einer außerplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 385.000 € in den Haushalt 2024 für die Umsetzung des Radwegeknotenpunktsystems wird zugestimmt.

7	Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2024 mit Stand 31.10.2024 Vorlage: 2024/FD20/227
----------	---

Frau Würger erläutert die finanzwirtschaftliche Entwicklung (mit Stand 31.10.2024) anhand einer PowerPoint Präsentation. Diese ist in der Anlage beigefügt.

Ursächlich für den Fehlbetrag ist insbesondere der Anstieg bei den Transferaufwendungen (Ifd. Nr. 18). Hier handelt es sich überwiegend um einen Mehraufwand bei der Eingliederungshilfe und der Grundsicherung.

Auf der Ertragsseite ergibt sich ein vergleichsweise geringfügiger Anstieg bei den ordentlichen Erträgen.

Im Jahresergebnis wird derzeit von einer Erhöhung des Fehlbetrages von rd. 1,53 Mio. EUR auf 5,16 Mio. EUR ausgegangen. Dieser Fehlbetrag kann aus dem Jahresüberschuss des Haushaltsjahres 2022 gedeckt werden.

Herr Gollenstede möchte wissen, wie lange die Notunterkunft (Zelt) noch durch gezahlte Bundesmittel finanziert wird. Frau Würger teilt mit, dass von einer Deckung bis 2025 ausgegangen werden kann.

Herr Wolf sieht aufgrund der unterjährigen Entwicklungen die Fachdienste Finanzen und Soziales in der Handlungspflicht. Frau Würger entgegnet, dass den Fachdiensten nur geringe Einflussmöglichkeiten gegeben sind und verweist hierzu auf das Haushaltssicherungskonzept zur Verbesserung der Einnahmesituation in den Fachdiensten Soziales und Jugend.

Auf Nachfrage von Herrn Wolf geht Frau Würger auf das Potential der Wertberichtigungen und das Forderungsmanagement ein. Bei den nicht eintreibbaren Forderungen der Bußgeldstelle handelt es sich überwiegend um Auslandsforderungen.

Frau Würger geht auf die dargestellten Investitionen und beauftragten Maßnahmen ein. Ein Bearbeitungsrückstand insbesondere im Berufsbildungszentrum in Brake soll mit der Einstellung einer neuen Architektin angegangen werden.

Herr Gollenstede bezieht sich auf die Investitionsliste. Nach seiner Berechnung ergibt sich, unter Ausschluss der Maßnahmen am Berufsbildungszentrum und drei Radwegen, ein Investitionsrest in Höhe von 12 Mio. EUR. Er möchte wissen, wie der Maßnahmenzeitplan für das Berufsbildungszentrum aussieht. Frau Würger teilt hierzu mit, dass ihr kein aktueller Zeitplan vorliegt.

Herr Wolf möchte zu den einzelnen Maßnahmen die entsprechenden Veranschlagungsjahre erfahren, um danach deren Priorität prüfen zu können.

Frau Würger bezieht sich hierzu auf den ausgewiesenen Haushaltsausgaberest in Höhe von rd. 58 Mio. EUR aus dem Jahr 2023. Von diesem Betrag beziehen sich 30,8 Mio. EUR auf die Vorjahre und dabei insbesondere auf den Gigabitfähigen Breitbandausbau.

Frau Allmers geht beispielhaft auf die Straßenbauprojekte und deren haushaltsrechtlicher Veranschlagung ein.

Herr Kohlmann sieht die Problematik der noch nicht realisierten Projekte auch teilweise in der Politik. Er führt hierzu den Radweg an der Kreisstraße 200 (Golzwarden – Sürwürden) an. Seinerzeit sei dieser Radwegebau politischer Wille gewesen. Aufgrund von Widerständen der Anwohner befinden sich die Planungen nach wie vor im Verzug.

Herr Francksen regt an, diese Projekte im Bauausschuss zu beraten und eine Beschlussempfehlung abzugeben.

Der Bericht zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung mit Stand 31.10.2024 wird zur Kenntnis genommen.

8	Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Jahr 2025 Vorlage: 2024/FD20/228
---	--

Frau Würger trägt anhand einer PowerPoint Präsentation die Änderungen / Anträge zum Haushaltsplan und zur Haushaltssatzung für das Jahr 2025 vor. Diese ist in der Anlage beigefügt.

Beginnend mit dem Ausschuss für öffentliche Ordnung und Feuerwehr empfohlenen Anteil zur Beschaffung von Atemschutzmasken mit Kommunikationseinrichtung in Höhe von 25.000 EUR wird von dem Finanzausschuss einstimmig dem Kreisausschuss und Kreistag empfohlen.

Der im Ausschuss für Kreisentwicklung, Klimaschutz, Inklusion beantragte Zuschuss für die Inklusionswoche (im Jahr 2025) wird als Aufwand in Höhe von 25.000 EUR einstimmig empfohlen.

Die im Ausschuss für Planen, Bauen, Mobilität empfohlene Erhöhung des Mitgliedsbeitrags zum Bündnis Hamelner Erklärung e.V. um 7.200 EUR auf 8.000 EUR (für die Jahre 2025-2028) wird einstimmig empfohlen. Zur baulichen Umsetzung der Brückensanierungsmaßnahme Käseburg teilt Frau Würger mit, dass mit einer zeitlichen Verschiebung und Maßnahmenförderung in Höhe von 60 % gerechnet wird. Für die Jahre 2026/2027 wird insgesamt ein Betrag in Höhe von 2.700.000 EUR einstimmig empfohlen.

Der vom Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung empfohlene geringere Zuschuss in Höhe von 36.500 EUR an das Innovationszentrum für Nachhaltigkeit und Produktionstechnologie GmbH (INP) wird einstimmig empfohlen.

Die im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft beantragte Unterstützung Igelstation Nordenham und der Betriebskostenzuschuss Storchenpflagestation in Höhe von jeweils 1.000 EUR für die Jahre 2025 bis 2027 wird einstimmig empfohlen.

Die im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport beantragte Zuschusserhöhung für die Zinzendorfschule in Höhe von 150.000 EUR für die Jahre 2025 bis 2027 und die Erhöhung der

Fahrtkosten Schulen zum Digitalen Lernort Technik im INP auf 29.000 EUR für die Jahre 2025 und 2026 wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag der SPD-Fraktion für eine Stelle in der Bibliothek zur Förderung Lesekompetenz wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Die im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration beantragte Weiterführung Förderung vom Caritasverband Wesermarsch in Höhe von 20.000 EUR für die Krebsberatungsstelle in den Jahren 2025 und 2026 wird einstimmig empfohlen. Der Antrag vom Palliativnetzwerk in Höhe von 7.000 EUR wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag von donum vitae auf Zuschussgewährung für die Jahre 2025 bis 2027 zur Aufrechterhaltung der Beratungsstelle in Höhe von 10.000 EUR wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Die Fortsetzung der Zuschusszahlung für Verhütungsmittel in Höhe von 9.000 EUR in den Jahren 2025 bis 2027 wird einstimmig empfohlen. Die weiterführende Unterstützung des Mehrgenerationenhauses in Nordenham in Höhe von 10.000 EUR für die Jahre 2025 bis 2028 wird einstimmig empfohlen.

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig die Erhöhung der Umlage an die Großleitstelle Oldenburger Land (Anteil Feuerwehr) um 87.600 EUR.

Zur Anpassung des Wirtschaftsplanes der Wirtschaftsförderung Wesermarsch GmbH (Wifö) führt Herr Francksen, auf Nachfrage von Herrn Wolf aus, dass die Wirtschaftsplanung und der gefundene Konsens zur Anpassung der Planung die ausgewiesene Beantragung der Mittel darstellen. Die Anpassung des Wirtschaftsplanes der Wifö in Höhe von 50.000 EUR wird dem Kreisausschuss und Kreistag, bei 2 Enthaltungen, mehrheitlich empfohlen.

Zur geplanten Ausweitung der kulturellen Bildung durch Musikkurse der Kreisvolkshochschule Wesermarsch GmbH (KVHS) möchte Herr Kohlmann wissen, ob sich dadurch Einsparungen bei der Zuschussgewährung für die Musikschule Wesermarsch e.V. ergeben. Frau Würger erläutert hierzu die aktuellen Überlegungen und gibt an, dass sich dadurch keine direkten Einsparungen bei der Zuschussgewährung für die Musikschule Wesermarsch e.V. in 2025 abbilden lassen.

Herr Mumme mahnt zum Erhalt des Angebotes der Musikschule Wesermarsch e.V. und der KVHS.

Herr Wolf sieht die Bezuschussung der Musikschule Wesermarsch in Höhe von fast 500.000 EUR an einen eingetragenen Verein kritisch. Er stellt den Antrag, dass die gezahlten und bisher nicht ausgeschöpften Zuschüsse in Anspruch genommen werden.

Herr Francksen weist auf den bestehenden Dialog zwischen der Musikschule Wesermarsch e.V. und der KVHS hin.

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag, mehrheitlich bei zwei Enthaltungen, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Ausweitung der kulturellen Bildung durch Musikkurse der KVHS wird ein Zuschuss bis zur Höhe von 116.800 EUR gewährt.

Die Maßnahme zur Wiedervernässung Gellener Torfmöörte (investiv abzubilden), Einzahlungen 533.500 EUR und Auszahlungen in Höhe von 666.800 EUR, wird dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig empfohlen.

Die Erhöhung der Förderung für Konfliktschlichtung in den Jahren 2025 bis 2027 um 1.200 EUR auf 9.200 EUR wird dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig empfohlen.

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgende Beschlüsse zu fassen:

Übernahme ungedeckter Finanzierungsanteile in Höhe von 16.000 EUR für den Caritas Seniorenstützpunkt, höhere Sonderausschüttung EWE-Dividende in Höhe von 4.428.000 EUR, Neuberechnung der Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) mit einer Verschlechterung in Höhe von 2.263.600 EUR und einer Verbesserung bei der Kreisumlage in Höhe von 1.070.600 EUR sowie einen Energiekostenzuschuss für die Tafel der Bürgerstiftung Nordenham in Höhe von 2.500 EUR für die Jahre 2025 bis 2028.

Die Aufstockung der investiven Maßnahme zur Wiedervernässung der Gellener Torfmöörte mit Einzahlungen + 85.400 Euro und Auszahlungen + 106.800 Euro wird einstimmig empfohlen.

Die erforderliche Investition zur Ausweitung kultureller Bildung bei der KVHS für Musikkurse in Höhe von 73.000 EUR wird einstimmig empfohlen.

Der Antrag der CDU/Grüne/FDP Gruppe zur Beteiligung an einer kreisweiten Projektgesellschaft für die Kopplung von Energieproduktion und Energienutzung zur Senkung der Energiekosten in Höhe von 15.000 EUR wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

Frau Würger erläutert, dass in Summe ein Betrag in Höhe von 2,7 Mio. EUR an zusätzlichen Erträgen abzgl. 175.000 EUR an Mehraufwendungen eine Verbesserung von 2.876.600 EUR ergeben. Des Weiteren erläutert sie die Änderungen im Stellenplan.

Frau Würger geht auf die Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Festsetzung der Kreisumlage im Haushaltsjahr 2024 ein. Alle Kommunen wurden noch vor der Anhörung des Landkreises angeschrieben und um Rückmeldung von Haushalts- wie auch Bilanzdaten zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Städte und Gemeinden gebeten.

Zu den nahezu inhaltsgleichen Stellungnahmen der Städte und Gemeinden gibt Frau Würger eine Stellungnahme des Landkreises ab. Sie geht dabei auf das Schreiben des Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport (MI) vom 17.10.2024 zu Fehlbeträgen, Haushaltssicherungskonzepten und Investitionen ein. Abschließend teilt Frau Würger mit, dass aus ihrer Sicht die Höhe der Kreisumlage in der bisherigen Höhe als angemessen angesehen werden kann.

Herr Francksen weist auf die Schulden im Investitionsbereich hin und sieht dabei den Bereich der Kindertagesstätten als Kernaufgabe des Landkreises. Er sieht eine Lockerung der Kommunalaufsicht und wirbt dafür, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern entsprechend Punkt 4 des Schreibens vom MI zu verfahren.

Frau Würger berichtet von einem ergänzenden und mahnenden Gespräch mit dem MI zum Haushaltsplanentwurf des Landkreises.

Dem Haushaltsplan 2025 wird mit den Änderungen zugestimmt.

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2025 wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

9	Haushaltssicherungsbericht 2024 und Haushaltssicherungskonzept 2025 Vorlage: 2024/FD20/231
----------	---

Frau Würger stellt den Haushaltssicherungsbericht für das Jahr 2024 und das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2025 vor. Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutert sie den geänderten Beschlussvorschlag (siehe Anlage).

Herr Francksen sieht die grundsätzliche Entwicklung als erfreulich an. Aus seiner Sicht müsste sich der Fehlbetrag in Höhe von 1,97 Mio. EUR durch eine Aufgabenkritik ausgleichen lassen.

Aus Sicht von Herrn Wolf kann eine solche Aufgabenkritik durchgeführt werden. Es müssten jedoch auch die Folgejahre betrachtet werden.

Herr Siefken mahnt zu einer angemessenen Finanzplanung. Es sind jetzt Einsparvorschläge aus der Politik und der Verwaltung gefragt. Er möchte jedoch zuletzt an den freiwilligen Leistungen sparen.

Herr Francksen merkt das strukturelle Defizit an und blickt dabei auf den Bereich Soziales und insbesondere die Jugendhilfe. Aus seiner Sicht sind die ansteigenden Fallzahlen beängstigend und es sei entscheidend, in Präventionsmaßnahmen zu investieren. Daraus würden sich langfristig Minderausgaben ergeben.

Herr Siefken teilt mit, dass es keinen Landkreis in Niedersachsen gibt, der einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2025 vorlegen kann. Aus seiner Sicht zeigt dieses, dass das System derzeit nicht funktioniert. Bedingt dadurch müsse man von dem derzeit hohen Standard runter. Abschließend gibt er für das Haushaltsjahr 2025 den einmaligen Sondereffekt der EWE-Dividende zu bedenken.

Es wird sich darauf verständigt, dass der Sachverhalt als vorberaten gilt. Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

10	Investitionsprogramm 2025-2028 Vorlage: 2024/FD20/232
-----------	--

Frau Würger stellt das Investitionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2028 vor. Aufgrund der geplanten Beteiligung an einer kreisweiten Projektgesellschaft für die Kopplung von Energieproduktion und Energienutzung zur Senkung der Energiekosten schlägt Frau Würger vor, den Tagesordnungspunkt an den Kreisausschuss zu verwiesen.

Es wird sich darauf verständigt, dass der Sachverhalt als vorberaten gilt. Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss verwiesen.

11	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2024/FD20/229
-----------	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die folgenden Spenden werden angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt:

- 1) Sachspende der Zeit & Service Beschäftigungsförder GmbH an die Oberschule I Nordenham in Form von Material zum Bau einer Sitzbank (Die Bank wurde im Zuge einer BO-Maßnahme (Berufliche Orientierung 8. Jahrgang) in den Werkstätten von Zeit & Service gebaut) im Wert von 400 Euro
- 2) Sachspende der Firma Kronos Titan GmbH an die Oberschule I Nordenham in Form von drei Laborwagen, ein pH-Meter, Pipetten und Glasgerät (Verbrauchsmaterial wie Bechergläser, Flaschen, Rundkolben) für den Chemieraum im Wert von 1.000 Euro
- 3) Sachspende von Herrn Dieter Günther, Nordenham, an das Museum Moorseeer Mühle in Form eines Modells des Moorseeer Mühlenensembles im Wert von 300 Euro
- 4) Sachspenden von Frau Gudrun Kleemeyer, Nordenham, an das Museum Moorseeer Mühle in Form von zwei Zierscheiben mit Mühlenlandschaft aus dem 20. Jahrhundert im Wert von 80 Euro sowie einem bedruckten Mehlsack aus Leinen aus dem 19. Jahrhundert im Wert von 70 Euro

12	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2024/FD20/230
-----------	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die folgende Spende wird angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt:

Sachspende von Herrn Helmut Hermann, Nordenham, an das Museum Mooreseer Mühle in Form eines Modells der Windmühle Hollen-Heise im Wert von 2.500 Euro

13	Verschiedenes
-----------	---------------

- keine Wortmeldungen -

Wollgam
Ausschussvorsitz

Siefken
Landrat

Littmann
Protokollführung